

CDU

Christlich Demokratische Union
Deutschlands

Parteivorsitz Angela Merkel
ende/r
Generalsekr Hermann Gröhe
etärIn
Hauptsitz Konrad-Adenauer-Haus,
Klingelhöferstraße 8 Berlin
Mitglieder 517.098^[1]
Webadresse <http://www.cdu.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik	1
1.1 Seitenwechsler	1
1.2 Wahlprüfsteine	1
2 Parteifinanzierung	2
3 Weiterführende Informationen	3
4 Einelnachweise	3

Kritik

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der CDU, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprüfsteine

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. ^[2]

- [Lobbyistenregister:](#)

Die CDU hält die öffentliche Verbandsliste für ausreichend. Diese enthält jedoch weder Unternehmen, Lobbyagenturen und Lobbykanzleien, noch Informationen über Budgets, Kunden oder bearbeitete Themen und die Namen der tätigen Lobbyisten. Eine Dokumentationspflicht für jede vermeintlich unmittelbare oder mittelbare Beeinflussung von Vorlagen der Exekutive durch Lobbyisten lehnen CDU und CSU ab. Eine solche Verpflichtung würde zu einem unübersehbaren Verwaltungsaufwand führen.

- Karenzzeit:

Eine Karenzzeit wird abgelehnt, da es kaum möglich wäre die Beeinflussungsmöglichkeiten zu erfassen und nicht klar ist wer für die Überprüfung zuständig ist. Außerdem sieht die CDU/CSU verfassungsrechtliche Probleme mit Blick auf die Freiheit der Berufswahl.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung regelt solche Angelegenheiten. Es wird beobachtet, wie sich diese Regelung bewährt und gegebenenfalls ihre Weiterentwicklung geprüft.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

CDU und CSU unterstützen eine Weiterentwicklung der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages. Die Verhaltensregeln sollten ihren Anwendungsbereich auf solche Tätigkeiten und Einkünfte fokussieren, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können. Eine Fortentwicklung der Verhaltensregeln sollte innerhalb eines Beratungsverfahrens mit allen Fraktionen erfolgen, wenn sich konkreter Änderungsbedarf zeigt. Es bleibt also abzuwarten ob dies nur leere Worthülsen sind.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Mit Transparenz und Schranken für Lobbyisten hat die CDU/ CSU nicht viel im Sinn. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl hält sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig. [3]

Parteifinanzierung

Die Einnahmen 2009 und 2008 setzen sich wie folgt zusammen:

	2009		2008	
Mitgliedsbeiträge	ca. 41 Mio €	ca. 25 %	ca. 42 Mio €	ca. 28%
Staatliche Mittel	ca. 42 Mio €	ca. 26 %	ca. 44 Mio €	ca. 29 %
Spenden	ca. 41 Mio €	ca. 25 %	ca. 21 Mio €	ca. 14 %
Mandatsträgerbeiträge	ca. 18 Mio €	ca. 11 %	ca. 18 Mio €	ca. 12 %

	2009		2008	
sonstige Einnahmen	ca. 20 Mio €	ca. 12 %	ca. 23 Mio €	ca. 16 %
Summe	ca. 162 Mio €		ca. 148 Mio €	

Quelle: [\[4\]](#)

Hier gehts zum Vergleich der [Finanzierung aller Parteien im Bundestag](#).

Weiterführende Informationen

- Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages

Einelnachweise

1. ↑ [Zehn-Jahres-Tief - CDU laufen die Mitglieder davon](#), Spiegel-online vom 27. Mai 2010, abgerufen am 09.11.2010
2. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Rechenschaftsberichte Bundestagsparteien 2009](#) bundestag.de, abgerufen am 30. Juni 2011